

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 153.

Montag, den 7. Juli

1861.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 2 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 10 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

V. Jahrgang.

nementspreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 2 Nkr. berechnet. — Inzerationsgebühr für jede Einzeile 30 Nkr. — Inzerat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

Einladung zur Pränumeration auf die

## „Kraukauer Zeitung“

Mit dem 1. Juli 1861 begann ein neues vierzehnjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerationspreis für die Zeit vom 1. Juli bis Ende September 1861 beträgt für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., für auswärtig mit Inbegriff der Postverendung, 5 fl. 25 Nkr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Kraukau mit 1 fl. 40 Nkr., für auswärtig mit 1 fl. 75 Nkr. berechnet.

Bestellungen sind für Kraukau bei der unterzeichneten Administration, für auswärtig bei dem nächst gelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

## Die Administration.

## Amtlicher Theil.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 30. Juni d. J. dem kaiserlichen Generalconsul zu Venedig, Peter Ritter von Wedekind, das Ritterkreuz des Leopold-Ordens laetare allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Juni d. J. dem Hauptmann erster Klasse, Joseph Ritter Reichberger von Reichen, des Infanterie-Regiments Kronprinz Erzherzog Rudolf Nr. 19, in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung und vielseitigen Verwendung bei den Orden der eisernen Krone dritter Klasse allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Juli d. J. den nachbenannten die Bewilligung allergnädigst zu ertheilen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden annehmen und tragen zu dürfen, und zwar:

Dem General der Kavallerie, Karl Grafen Wallmoden-Gimborn, das Großkreuz des königlich hannoverschen Guelphen-Ordens, und

dem Hauptmann erster Klasse, Johann Freiherrn v. Belthelm, des Infanterie-Regiments Prinz Gustav Wilhelm Hohenzollern Nr. 17, denselben Orden vierter Klasse;

der Generalmajor, Julius von Wurmb, das Kommandeurkreuz und

dem Oberleutnant Georg von Schweiger, des Greniellabes, das Ritterkreuz des königlich spanischen Ordens von Karl III.;

dem Hauptmann erster Klasse, Franz Desterreich, des Greniellabes, das Ritterkreuz des königl. belgischen Leopold-Ordens;

dem Garde und Mittelmeister erster Klasse, Otto Ad. Weyer, der ersten Artillerie-Regiments, das Donat-Greniellabes, und

dem Kattellen, Friedrich Grafen Wolff-Metternich, des Uhlanen-Regiments Graf Lam-Gallas Nr. 10, das Ehren- und Devotions-Ritterkreuz des Johanniter-Ordens;

dem Unterleutnant zweiter Klasse, Ludwig Rieger, des Infanterie-Regiments Großherzog von Toscana Nr. 11, das Ritterkreuz des königl. sardinischen Ordens St. Georgs;

den der Wiedervereinigung und das Ritterkreuz erster Klasse des königl. sardinischen Ordens St. Franz I.;

dem Oberleutnant, Timotheus D'Mahony, des Uhlanen-Regiments König Franz II. beider Sicilien Nr. 13, das Ritterkreuz des päpstlichen Bius-Ordens, dann

dem Oberjäger, Joseph Göglitz, des 27. Feldjäger-Bataillons, den päpstlichen St. Sylvester-Orden.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Juni d. J. dem mit der Handhabung der Ordnung und Sicherheits-Polizei bei der Grenzgemeinde Wistrotvic betrauten Polizei-Wachmeister, Paul Branszewicz, in Anerkennung seiner belobten verdienstlichen Berufsausübungen, das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 28. Juni d. J. den Grafen Alois Avogadro degli Azioni zum Deputyten der adeligen Grundbesitzer der Provinz Treviso bei der lombardisch-venetianischen Central-Consregation allergnädigst zu ernennen geruht.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 1. Juli d. J. den Doktor der Rechte, Joseph Pasetti, zum Mitgliede der lombardisch-venetianischen Central-Consregation allergnädigst zu ernennen geruht.

Er. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 20. Juni d. J. den Lehrer des Kirchenrechtes und der Kirchengeschichte an der theologischen Lehranstalt zu Szathmar, August Böhm, zum Ehrenbürger am Szathmarer Domkapitel allergnädigst zu ernennen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

### Ernennung:

Der pensionirte Titular-Generalmajor, Theodor Ritter von Radofavljevic, zum Festungscommandanten in Esseg.

### Pensionirung:

Der disponible Ober-Kriegscommissar erster Klasse, Anton Siefert.

## Nichtamtlicher Theil.

### Kraukau, 8. Juli.

Ein französisches Journal veröffentlicht eine Note zu Gunsten der weltlichen Gewalt des Papstes, welche unter dem 28. Mai Fürst Metternich an Herrn von Thouvenel gerichtet hat; in derselben wird ein

Project entwickelt, welches dahin geht, die französische Okkupation in Rom durch eine gemeinsame Besatzung von Seite Oesterreichs, Spaniens und Frankreichs zu ersetzen. Die französische Regierung ist wie bekannt auf dies Project nicht eingegangen. Die Note des Fürsten Metternich soll lauten:

Paris, 28. Mai.

Herr Minister! Gegenüber den Ereignissen, welche in Italien seit zwei Jahren unter der Leitung einer jaker sozialen und religiösen Ordnung feindselig gesinnten Regierung unter dem Einfluss eines Gouvernements, das die heiligsten Rechte misachtet, sich vollziehen, hat Oesterreich, obgleich es gegen jede neue Verletzung der Verträge protestirte, doch geglaubt, dem europäischen Frieden das Opfer bringen zu müssen, von einer activen Intervention in die Angelegenheiten der Halbinsel sich zu enthalten. So sind denn Annerionen vollzogen worden, welche in direktem Widerspruch stehen mit einem kaum geschlossenen Vertrage und welche die Interessen und Rechte befreundeter und verbündeter Souveräne verletzen.

Wenn Piemont, indem es ein räuberisches Unternehmen durchführte, nach fruchtlosen Versuchen, in den Marken und Umbrien Erhebungen hervorzurufen, nicht zögerte, mit bewaffneter Hand ohne Kriegserklärung und unter Vorwänden, welche in dem größeren Theil Europa's mit Unwillen vernommen wurden, in die päpstlichen Staaten einzufallen, so ist Oesterreich tief ergriffen worden bei dem Anblick der Gefahren, denen das Haupt der Kirche und die großen katholischen Interessen ausgesetzt sind, welche untrennbar sind von der Aufrechterhaltung der auf die weltliche Gewalt basirten Unabhängigkeit des Papstthums. Im Einverständnis mit Spanien hat sie die Mittel gesucht, um den gottlosen Eroberungen Piemonts Einhalt zu gebieten und dem Oberhaupte der Kirche, welches den Kampf mit so heroischer Ausdauer besteht, zu Hilfe zu kommen. Die beiden Regierungen haben sich zu diesem Zwecke im vorigen Herbst an das Gouvernement des Kaisers der Franzosen gewendet. Obwohl die Haltung Piemonts entschieden missbilligend und durch die Rückberufung seines Repräsentanten in Turin diese Missbilligung fund gebend, hat das Tuilerien-Cabinet nichts desto weniger geglaubt, es sei besser, den Ausgang der anderen politischen Ereignisse abzuwarten, welche in der italienischen Halbinsel eingetreten waren, um alsdann mit größerer Leichtigkeit, nach gemeinsamer Verständigung die Schwierigkeiten zu regeln, welche jene Ereignisse in den Staaten des heiligen Stuhles mit sich geführt haben.

Seitdem ist die Situation immer schwieriger geworden. Worte, die ein piemontesischer Minister von der Tribune herab gesprochen, lassen keinen Zweifel über die Projecte obwalten, welche das sardinische Gouvernement hegt, und der Unterzeichnete ist mehr denn je überzeugt von der dringenden Nothwendigkeit, den Gefahren vorzubeugen, welche den h. Stuhl bedrohen. Die Stadt Rom, die Hauptstadt der katholischen Welt, erklärt und soll die Residenz des neuen Königreichs Italien von Piemont werden. Durch die Ausführung dieses wahnsinnigen Projects würde nicht allein der Papst seiner Unabhängigkeit und seiner Souveränität beraubt, sondern auch die katholische Welt sehr außer Besiz der Stadt gestellt, welche seit den ältesten Zeiten der Sitz des Oberhauptes ihrer Kirche ist.

Es ist wahr, daß so lange die französische Armee den h. Vater schützt, eine solche Unthat nicht verübt werden kann und daß vergleichs Pläne vor der energischen Opposition Frankreichs fallen müssen, das mit seiner Ehre dabei theilhaftig ist und dessen ganze Vergangenheit dafür bürgt, daß es nicht einer anderen Macht weichen wird, deren Schutz der h. Stuhl weder gewünscht noch angenommen hat. Aber ist es gerecht, daß das Gouvernement des Kaisers Louis Napoleon allein die Lasten dieses Schutzes trage, welcher in gleicher Weise die ganze katholische Welt interessiert? Schon 1848, als ähnliche Ereignisse das Leben und die Rechte des Papstes zu gefährden schienen, haben Oesterreich, Spanien und Frankreich sich bereit, die Vertheidigung so theurer Interessen zu übernehmen und ihre Fahnen zu vereinen, um dem Papste zu Hilfe zu kommen. Aber aus militärischen Rücksichten hielt man es für zweckmäßiger, wenn die französische Armee allein in die Hauptstadt der Christenheit einöge und daselbst die Ordnung und die Rechte des Papstes aufrecht erhielt, eine Mission, welche Frankreich seit jener Zeit ruhmvoll ausgeführt hat. Wenn die Regierung des Kaisers findet, daß der Moment gekommen ist, um die Bestrebungen der katholischen Mächte zu Gunsten der päpstlichen Souveränität zu

vereinigen, so sind Oesterreich und Spanien bereit, aus allen ihren Kräften zur Sicherung einer Institution beizutragen, welche durch die Jahrhunderte geheiligt worden. Die Hauptstadt der katholischen Welt gehört den katholischen Nationen. Residenz des Papstes, Inhaberin der Heiligthümer und Archive der katholischen Welt, hat Niemand ein Recht, sie zu berauben und die katholischen Mächte haben die Pflicht, sie zu schützen. Sicherlich wird das Gouvernement des Kaisers der Franzosen, dessen unablässige Bemühungen demselben Ziele zugewendet sind, in keiner Weise zugeben, daß die von Herrn v. Cavour angedeuteten Pläne zur Ausführung kommen. Der Unterzeichnete hegt daher die feste Hoffnung, der Kaiser werde eine Verständigung zwischen den drei Mächten veranlassen, um diejenigen Maßregeln zu adoptiren, welche geeignet sind, den Gefahren, von denen der Papst und seine legitime Autorität zum großen Schaden aller Katholiken der Welt bedroht sind, zu begegnen. Metternich.

In Turin ist am 30. v. M. eine lamentable Depesche des Herrn de Martino eingelangt. Er schreibt, daß die Reaction so tiefenhafte Fortschritte mache, daß man mit den gewöhnlichen Mitteln sie nicht bekämpfen könne, daß nicht nur der Adel, sondern hauptsächlich die unteren Volksschichten eine offen feindselige Haltung gegen die Regierung beobachten, daß sich auf die Nationalgarde durchaus nicht zu verlassen sei und daß die ehemaligen neapolitanischen Regimenter, welche für den Dienst einberufen worden sind, statt einzurücken, zu den Insurgenten übergingen, daß Chiavone's Macht so drohend anwuchs, daß man auf die Eventualität, Neapel zu räumen und mit den Truppen die besetzten Höhen außerhalb der Stadt zu besetzen, gefaßt sein müsse; was dann mit Neapel geschehen werde, liege außerhalb aller Berechnung. Wenn nicht mindestens 50,000 Mann wohl-disciplinirter regulärer Truppen, keineswegs aber Nationalgarde, als Verstärkung nach Neapel abgingen, sei er nicht nur nicht in der Lage die Einhebung der Steuern und die Refrutirung durchzuführen, sondern überhaupt für die Behauptung Neapels einzustehen. Die Regierung hat alle ihre disponibeln verlässlichen Truppen bereits nach Neapel dirigirt und ist nicht im Stande, 6, vielweniger 60,000 Mann zu entbehren, denn in den übrigen Provinzen des gesegneten neapolitanischen Königreichs sieht es auch sehr trübe aus. Lange konnte man daher zu keinem Entschlusse gelangen bis man endlich einen solchen faßte, der die neue italienische Großmacht in ein sonderbares Licht stellen und deren Unabhängigkeit eigenthümlich illustriren wird. Es handelt sich nämlich wie man dem „Nat.“ schreibt, um nichts Geringeres als darum: den mächtigen Protector anzusehen, im Falle einer revolutionären Erhebung in Neapel zu interveniren und die Hauptstadt durch französische Truppen besetzen zu lassen, welche in der Stärke von 50,000 Mann dahin einrücken würden.

Die „Intendence belge“ macht auf den Unterschied aufmerksam, der zwischen der telegraphischen und der später eingetroffenen ausführlichen Mittheilung des bekannten Passus der Ricasoli'schen Rede obwaltet. Der Telegraph ließ Herrn Ricasoli sagen: „Eine günstige Gelegenheit bietet sich vor, die uns den Weg nach Venedig eröffnen wird.“ Nach der „Italia“ hätte er aber gesagt: „Die Eventualität, die sich vorbereitet und ihrer Zeit ergeben wird, wird die Straße nach Venedig eröffnen.“

Die „Patrie“ leugnet, daß Verhandlungen über die römische Frage betreffend, im Zuge und sogar dem Resultate nahegerückt sind. Es habe noch keine Verhandlung über den Gegenstand begonnen, die übrigens im gemeinsamen Einvernehmen zwischen Frankreich, Italien und Rom gelöst werden müssen. Vor allem müsse Frankreich in Turin officiell vertreten sein, was übrigens nicht lange auf sich warten lassen kann. Schließlich weist die Patrie darauf hin, daß der Herzog von Grammont von Rom abwesend sei.

Die „Patrie“ bezeichnet ferner die Nachricht, die französischen Truppen würden Viterbo räumen, als ungenau. Im Gegentheil sollen die Garnisonen, welche sich in den Grenzstädten des Erblandes Petri befinden, verstärkt werden.

Im Pariser Moniteur vom 3. d. M. glaubt eine jezt öfters bemerkbare Münchner Correspondenz bei Besprechung der kurhessischen Verfassungsfrage zwar den Satz aufstellen zu dürfen, es handle sich dabei lediglich „um Parteistellungen, um einen Streit über Worte, Formen und Daten“, läßt sich aber ihrerseits auch einen Irrthum in den Daten zu Schulden kommen, indem sie von dem gegenwärtigen österreichischen Minister des Außern unter Anderm behauptet, er habe als Bundes-Präsidentialgesandter in

Frankfurt thätigen Antheil an den Verhandlungen genommen, wodurch die kurhessische Verfassung von 1831 außer Wirksamkeit gesetzt wurde. Graf Reicheberg war, so viel wir wissen, bei den betreffenden Bundesbeschlüssen persönlich nicht theilhaftig, vielmehr zu jener Zeit in Mailand als Abtlaus dem Feldmarschall Grafen Radetzky beigegeben und wurde erst 1855 Bundes-Präsidentialgesandter.

Die von dem „Nord“ gemeldete Entdeckung einer neuen Verschwörung gegen das Leben des Kaisers wird von einem (legitimistischen) Departementalblatte, la France centrale, bestätigt und dahin ergänzt, daß der in das Drini'sche Attentat verwickelte und später von dem Kaiser begnadigte Rudio an der Spitze dieses verruchten Complottes gestanden. Man habe in Birmingham bereits Explosionsbomben angefertigt gehabt und ein Zufall habe einen jungen französischen Consularagenten auf die Spur dieses Unternehmens geleitet. Das Complot habe Verzweigungen in Frankreich und Italien gehabt und die in letzter Zeit in Italien und in Marseille vorgenommenen Verhaftungen (namentlich von Italienern) hingen damit zusammen. Der Entdecker der beabsichtigten Unthat sei selber von England nach Fontainebleau gekommen und habe dem Kaiser seinen Bericht abgestattet.

Nach einer telegraphischen Depesche aus Madrid vom 5. Juni haben die Insurgenten Loja verlassen und sich zerstreut. Man leitet den Proceß bezüglich dieser Revolte ein, die keinen Anklang im Lande gefunden hat.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Juli wurde an den Staatsminister von Groß und Genossen eine Interpellation gestellt: Wie die Regierung das Concurrenzsystem, betreffend die Kirchen- und Schulbauten, zu ordnen, und ob sie noch in dieser Session dem Hause einen darauf bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen gedenke. Der Staatsminister wird die Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Petrino und Genossen interpellirten das Staatsministerium: Ob es den in Siebenbürgen disponibel gewordenen Beamten den Vorzug geben und bei etwaigen Anstellungen auf sie Rücksicht nehmen wird?

Der Präsident theilt das Resultat der gestern vorgenommenen Wahlen mit. In den Ausschüß für Wissenschaft und Unterricht sind mit absoluter Majorität gewählt: Prinz, Reichbauer, Waser, Luczyczynski, Stamm und Herbst. Für die andern 6 hat sich bisher keine Majorität ergeben.

In den Ausschüß für confessionelle Angelegenheiten wurden mit absoluter Majorität gewählt: Schneider, Reichbauer, Siska, Abt v. Möll, Pferschner, Riese-Stallburg. Für die 6 übrigen wurde keine absolute Majorität erzielt.

Der Präsident beantragt für die noch zu Wählenden die Bornahme einer engeren Wahl. Rieger meint, die engeren Wahlen sollen nach der Geschäftsordnung so viel als möglich beschränkt werden. Es wird abgestimmt; der Antrag des Präsidenten bleibt in Minorität.

Zu Schriftführern wurden gewählt: Dr. Thoman, Eiselsberg, Dr. Osner, Ruschki, Brolich, Klaudi und Kofelnik. Deschmann und Dworzak erhielten eine gleiche Anzahl Stimmen.

Präsident. Auf der Tagesordnung steht die Begründung des Skene'schen Antrages.

Skene unterwirft zur Begründung seines Antrages die neue Gewerbeordnung einer gründlichen Kritik. Er findet viele Paragraphe der Freiheit der Gewerbe zuwiderlaufend. Namentlich hält er den unter dem Ministerium Soluchowski ergangenen Erlaß, nach welchem die neueintretenden Gewerbsleute Lizenzen zu erhalten hätten, für eine Bedrückung des kleinen Capitalisten. Man hat den Zwang, den das Genossenschaftsgesetz auferlegt, dadurch zu beschönigen gesucht, daß die erzielten Beiträge zur Erhaltung gewisser Humanitätsanstalten notwendig seien, und behauptet, das Volk sei zu indolent, um die Beiträge freiwillig zu liefern.

Ihm scheint dieser harte Vorwurf ungerecht und keineswegs gewichtig genug, um einen Zwang zu entschuldigen. Er ergeht sich nun in die etymologische Erörterung des Wortes „Genossenschaft“ das im Sinne des Soluchowski'schen Gesetzes zu fremdartige Elemente verbinde, um diesen Namen zu verdienen. Das Genossenschaftsgesetz ist unpraktisch aber auch ganz überflüssig. Weber Frankreich noch England kennen diesen



Zwang, und Gewerbe- und Humanitätsanstalten sind dort mustergiltig.

Da dieser Antrag kein politischer ist, keine Fraktion durch denselben verlegt werden kann, und da er den Ideen des Fortschrittes entspricht, zu welchen sich wohl alle Fraktionen bekennen, erwarte er dessen Annahme.

Wird beinahe einstimmig angenommen.

Wiederaufnahme der Sitzung halb 2 Uhr. Der Präsident theilt das Resultat der Nachwahlen mit. Für den Ausschuss für Unterricht und Wissenschaft wurden mit absoluter Majorität gewählt: Herrmann 97, Graf Kinsky 91, Kuranda 87, v. Hasner 85, Ryger 80, Szabel 80 Stimmen. In den Ausschuss für constitutionelle Verhältnisse wurden gewählt: Willersdorf 97, Smolka 94, Haspmann 88, Stieger 85, Mühlstein 84, Wendt 81. Bei der vorgenommenen Verlosung zwischen Deschman und Dworzok hat das Los Abgeordneten Deschman zum Schriftführer bestimmt. Die nächste Sitzung am 12. Juli, 10 Uhr. Die Vertagung wird damit begründet, weil erst am Montag der Bericht des Lehen-Ausschusses zur Verteilung gebracht werden kann. Am 11. Juli ist ein Freitag der orientalischen Kirche. Gegenstände der nächsten Tagesordnung: 1. Mittheilungen nach §. 25 der Geschäftsordnung, und 2. Bericht des Lehen-Ausschusses. Schluss der Sitzung halb 3 Uhr.

Die Antwort Sr. Excellenz des Herrn Polizeiministers Freiherrn v. Meserly auf die Interpellation des Abg. Rodzicki und Genossen an das Staats-, Justiz- und Polizeiministerium über die Hemmung der publicistischen Thätigkeit, lautet nach dem ausführlichen Sitzungsbericht der „Wiener Ztg.“ wie folgt: Es wird in dem Eingange der Interpellation ausgeführt, daß die Journalistik namentlich in Lemberg häufigen presspolitischen Verfolgungen ausgesetzt sei. Es wird darüber gefügt, daß die Journale und namentlich das Journal „Glos“ häufig confiscirt, bei Gericht angeklagt und Verurtheilungen erlitten wurden, endlich daß dem Journal eine Art Instruction von Seite der Polizeibehörde erteilt worden sei, nach der es sich zu benehmen habe. Diese Instruction sei mündlich erteilt worden, mit dem Verbote sie zu veröffentlichen. Es wird am Ende die Frage gestellt, ob diese Einschränkung der Journalistik durch die galizischen Behörden den Herren Ministern bekannt sei, ob die mündlichen Instructionen, wonach die wichtigsten Landesangelegenheiten der Besprechung entzogen werden müssen, im Gesetze begründet sind, und ob die Herren Minister genehmigt sind, die Freiheit der politischen Blätter in Lemberg und Krakau der Blätter in der Hauptstadt Wien gleichzustellen?

Sch komme auf das Thatsächliche der Sache vor allem zu sprechen, nachdem bei den Ministern in dieser Richtung keine Verhandlungen im Zuge sind und auch keine Rekurse über die Schritte, welche von den Lokalbehörden in Lemberg unternommen worden sein sollen, in Verhandlung waren. Nach dem vorliegenden Berichte sind vier Pressproceße gegen den „Glos“ anhängig, und zwar nach dem §. 300, nach dem §§. 488 und 491 und 132 und 165 lit. a, des St. G. — In drei Fällen ist die Beschlagnahme und das einleitende Verfahren von der Justizbehörde selbst ausgegangen. Die Pressproceße konnten aus dem Grunde nicht vollendet werden, weil nach der St. P. D. immer das Hingucken eines neuen strafbaren Falles auch die frühere Verhandlung, wenn sie schon dem Beschlusse nahe ist, aufhält und mit ihr in Verbindung gebracht werden muß. Das Justizministerium hat aber veranlaßt gesehen, an die Lemberger Justizbehörde die gemessene Weisung zu erteilen, mit der größte Beschleunigung die Verurteilung dieses Strafproceßes vorzunehmen. Das ist der Stand der Dinge, insofern er die Justizbehörde betrifft. Was die Administrationsbehörde anbelangt, so hat der „Glos“ im März eine schriftliche Verwarnung erhalten.

Im Monat Mai haben einzelne Blätter dem galizischen Statthalterpräsidenten Anlaß gegeben, an die Polizeidirektion folgenden Erlaß zu richten, den ich dem Inhalte nach verlesen werde: „Ueber die Berichte vom 1. und 2. d. M. wird die Beschlagnahme der Blätter Nr. 100 und 101 der Zeitschrift „Glos“ aufrecht erhalten und der Herr Polizeidirektor werden aufgefordert, dem verantwortlichen Redakteur dieser Zeitschrift mündlich und persönlich vorzuhalten, daß die von jenem Journale verfolgte Richtung insbesondere im gegenwärtigen Momente nicht geduldet werden kann. Es werden nämlich alle Maßnahmen der Regierung verdächtigt, die Regierungenorgane bei der Verwirklichung mislieblich gemacht und eine Pression auf die Abgeordneten des Landes zu üben gesucht, wobei man so weit geht, daß selbst zur Verweigerung der Staatsabgaben bis zur Realisirung darin angebotener Landeswünsche angezettelt wird. Auf diesen Vorgang sollte die Anwendung der strengsten Repressivmaßregeln nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen erfolgen, doch will ich diesmal von dem Erlasse einer zweiten schriftlichen Verwarnung noch Umgang nehmen, weil ich hoffe, daß die Redaktion, auf die Unzulässigkeit einer längeren Duldung dieser Richtung aufmerksam gemacht, in andere Bahnen eintreten werde. Es ist jedoch dem Redakteur sogleich zu bedeuten, daß falls ich in meiner Erwartung getäuscht werden sollte, die Strenge des Gesetzes unausweichlich zur Ausführung kommen würde.“

Das ist der einzige Act, auf welchen sich die Bemerkung beziehen konnte, daß eine Art Instruction gegeben worden sei. Auch gegen diesen Act ist kein Recurs ergangen worden und er ist daher jetzt erst zur Kenntniß des Ministeriums gekommen. Ich glaube nicht, daß aus diesem Act eine Instruction oder ein Verbot gefolgert werden könne, es scheint mir eine einfache Erinnerung zu sein, die gesetzlichen Schranken der Pressfreiheit nicht zu überschreiten. Was übrigens die Haltung des „Glos“ im allgemeinen anbelangt, so muß ich bemerken, daß derselbe sich weniger auf dem Boden eines oppositionellen österreichischen Journalen als vielmehr eines polnischen und zwar eines

polnischen in dem Sinne stellt, wie es mit dem Belande der österreichischen Monarchie unverträglich ist. Die Regierung hat bei verschiedenen Anlässen — und wird es bei diesem wiederholen — den Behörden zur strengen Pflicht gemacht, sich auf den gesetzlichen Boden und rein auf diesen zu stellen.

Wenn daher selbst im Administrationswege eine Beschlagnahme erfolgen muß, wo Grund zur Verfolgung vorhanden ist, so ist den Behörden zur Pflicht gemacht, jederzeit die Intervention der Gerichtsbehörde hervorzurufen, welche dann den endgültigen Ausspruch fällt. Diesen Boden hält aber die Regierung nicht nur für ihr Recht, sondern auch für ihre Pflicht zu wahren, und wenn eine Verschiedenheit in der Behandlung auf diese Art zwischen den Journalen in den verschiedenen Gegenden der österreichischen Monarchie eintritt, so liegt das nicht in dem Wunsche einer verschiedenen Behandlung, sondern gewiß nur darin, daß ein Theil der Journalistik sich die Grenzen selbst bei einer oppositionellen Richtung genau gegenwärtig hält, welche das Gesetz zieht und der andere darauf weniger Rücksicht nimmt.

Die Allerhöchsten Orts gewünschte Abänderung der ungarischen Adresse ist erfolgt. In der am 5. d. stattgehabten Sitzung des Unterhauses stellt Hunkar folgenden Antrag, welcher auch ins Protokoll aufgenommen wurde: In dem das Haus aus dem königl. Reskripte mit „Besremden“ wahrgenommen habe, daß der Form der Adresse eine der Absicht des Hauses zuwiderlaufende Erklärung gegeben wurde, und das Haus sich den Vorwurf, als habe es die Verwirklichung der im königl. Reskripte enthaltenen Zusagen verhindern wollen nicht aussuchen will, so wird die Adresse in ihrer ursprünglichen Fassung und in der Form wie im Jahre 1790 vorgelegt werden. Ladislaus Lonyay äußerte einige Bedenken gegen das königl. Reskript, wurde aber nicht angehört, und Hunkar's Antrag ohne Widerrede zum Beschlusse erhoben.

Die Sitzung wurde wegen allseitiger Abfassung des Protokolls auf einige Zeit unterbrochen.

## Österreichische Monarchie.

Wien, 6. Juli. Morgen Mittags 1 Uhr wird Sr. Majestät der Kaiser den auf seiner Reise hier eingetroffenen Bruder des Vicekönigs von Egypten, Prinz Halim Pascha, in besonderer Audienz empfangen. — Die für heute Vormittags angesetzt gewesene Konferenz wurde verschoben.

Sr. Majestät der Kaiser hat dem aus Moglio di Gonzaga im Venetianischen gebürtigen Podestano Donat Ponzoni, welcher im vorigen Jahre wegen unbefugter Werbung zur Kerkerstraße von 2 Jahren verurtheilt wurde, den Rest der Strafe nachgegeben.

Sr. Majestät haben die Vermehrung der derzeit für den Gesamt- Militärklerus systemisirten fünf Kaplanstellen 1. Klasse um deren vier, dann der 46 Kaplanstellen 2. Klasse um deren 12 genehmigt und bestimmt, daß hievon a) in den gemeinsamen Status des katholischen und griechischen Militärklerus Kaplane der 1., 55 Kaplane der 2., die übrigen Kaplane der 3. Gehaltsklasse, dann b) in den besonderen Status des protestantischen Klerus beider Konfessionen: 1 Garnisonsprediger der 1., 3 Garnisonsprediger der 2., 8 Garnisonsprediger der 3. Gehaltsklasse, mit den für jede dieser Klassen derzeit bestehenden Gehaltsausmaßen einzureihen sind.

Sr. Majestät hat jüngst über das Los jener k. k. Beamten in Ungarn, welche in Folge des Systemwechsels in Disponibilität versetzt und überflüssig geworden, zu verfügen geruht, und zwar in der Weise, daß denselben von dem Tage angefangen, an welchem ihre Amtswirksamkeit aufhörte ein einjähriger Gehalt bewilligt wurde. Demzufolge sind nun durch die k. ungarische Statthalterei den Betreffenden die das Bestätigungsjahr normirenden Verordnungen zugesandt worden.

Ihre Majestät die Kaiserin haben eine von dem Weltpriester und Prälat am k. k. Theresianum Anton Riedl aus Anlaß Allerhöchster Rückkehr aus Madeira verfaßtes Gedicht anzunehmen und dem Verfasser für diesen Beweis seiner loyalen Gesinnung die Allerhöchste Anerkennung allergnädigst bekannt geben zu lassen geruht.

Zwischen Wien und Corfu verkehren gegenwärtig fortwährend kais. Curirer, von denen einer auf der Hinreise, der andere auf dem Rückwege begriffen ist. Alle in jüngster Zeit über das Befinden Ihrer Maj. eingetroffenen Nachrichten lauten befriedigend.

Gestern Mittags hehrten Ihre k. Hoheiten die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie und der durchlauchtigste Herr Erzherzog Karl Ludwig das Atelier des Bildhauers und Erzgießers A. Ritter von Fernkor mit einem Besuche und sprachen sich über die Arbeiten des Künstlers äußerst wohlwollend aus.

Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben zur Rekrutation der Pfarrkirche von Dolenzavas im Bezirk Pinguente 400 fl. gespendet.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna sind am 2. d. M. in Udine eingetroffen und haben nach kurzem Aufenthalte die Reise nach Dolo und Strada fortgesetzt.

Sr. k. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm wird in den nächsten Tagen aus Italien hier erwartet.

Ihre k. k. HH. Erzherzog Ferdinand Max und Erzherzogin Charlotte, welche demnächst hier eintreffen, werden ihren Aufenthalt in Larenburg nehmen.

Sr. Majestät König Siso von Griechenland wird am 18. d. in Weiburg bei Baden eintreffen.

Der k. k. österreichische Gesandte am Hofe zu München, Fürst von Schönburg, hatte gestern eine

längere Besprechung im Ministerium des Aeußern. Derselbe wird mit vierwöchentlichem Urlaub hier verweilen.

Die Abreise des französischen Botschafters, Marquis de Mousnier nach Paris ist für die ersten Tage des Monats August festgesetzt.

Die durch die böhmischen Blätter verbreiteten Gerüchte, wonach Frh. v. Meserly zum Director der Obersten Controlbehörde und Graf Forgach zum Polizeiminister ernannt werden sollten, entbehren, wie die „Donau-Zeitung“ zu erklären ermächtigt ist, jeder Begründung.

Der Präsident des k. k. Handelsgerichtes, Dr. Franz Ritter v. Raule ist in den österreichischen Freiernstand erhoben worden.

Der Präsident des k. k. Handelsgerichtes Dr. Franz Ritter v. Raule hat als Anerkennung seiner hervorragenden und für die gesamten deutschen Handelsinteressen ersprießlichen Thätigkeit als Präsident der Conferenzen zur Abfassung eines deutschen Handelsgesetzes von Sr. Maj. dem Könige von Preußen das Comthurkreuz des rothen Adlerordens, und von Sr. Maj. dem Könige von Sachsen das Comthurkreuz des sächsischen Albrechtsordens erhalten.

Die Firma Arnstein und Eskeles, deren Vergleichsverfahren nun beendet ist, wird gutem Vernehmen nach wieder ein Geschäft in Wien etabliren.

Ein Reisender erzählt der Redaction des Korunk, daß die am Feketeto aufgestellte Säule, welche die Grenze zwischen Ungarn und Siebenbürgen bezeichne, seit einiger Zeit umgestürzt am Boden liege. Denjenigen Politikern zufolge, sügt der Korunk humoristisch hinzu, die sich auf die Logik der Thatsachen berufen, wäre demnach die Union ein Factum.

Die „Trierer Ztg.“ bringt einen Bericht über den Unterschleifproceß in Verona, dessen Verhandlungen der Beendigung nahe gerückt sind. Die Verurtheilung des Urtheilspruches dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. Als Hauptangeklagte werden die Firmen Leopold Weiß und Ignaz Weil-Weiß genannt, die seit mehreren Jahren den größten Theil der Lieferungen für die Armee im lombardisch-venetianischen Königreich besorgten. Die Entdeckung der Unterschleife datirt von den Untersuchungen her, die im August und September des Jahres 1859 vorgenommen wurden. Ignaz Weil-Weiß und dessen Prokurasführer Neumann haben sich durch die Flucht den Folgen ihrer Handlungen entzogen; der erste ist nach Nizza, der zweite nach Amerika gegangen. Der Kompanon des Ignaz Weil-Weiß, Leopold Weiß, sowie der Frachtenbesitzer Hingeler, die Arbeitseiferer Adrogna und Gregorini, sowie der Salzversteiger Morandini wurden jedoch verhaftet, und sie sind es eben, über welche die Schlußverhandlungen vor einem Fünfrichtercollegium geführt werden.

Die neu sanctionirten Waffensätze sollen nach der „Mil.-Ztg.“ schon bei der nächsten Abgabe von den Monturs-Kommissionen an die Mannschaft, auch bei den Officieren in Gebrauch kommen.

## Deutschland.

Nach den „Damb. Nachr.“ bestätigt es sich, daß die Würzburger Conferenz denn doch zu der Frage des Oberfeldherrn für die vier Bundesarmeen zurückgegriffen hat. Sachsen und Württemberg haben sich dabei für den König von Baiern erklärt, wahrscheinlich um Baiern günstig zu stimmen, dessen Widerstand die Besprechung über diesen Gegenstand zuerst wie unerträglich, hatte vertragen lassen. Hannover dagegen blieb bei dem Könige von Württemberg stehen. Hessen-Kassel zog vor, sich gar nicht auszusprechen. Das Resultat war also ein negatives.

Die letzten Conferenzen des preussischen Staatsministeriums sollen, wie ein deutsches Blatt mittheilt, zu einer erfreulichen Uebereinstimmung in den schwelenden Fragen, die man mit einer Ministerkrise in Zusammenhang gebracht, geführt haben, und die Befestigung aller Differenzen mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht stehen. Der Dissens bestand übrigens weniger betreffs der Huldigungs-Feierlichkeiten, statt deren, wie verlautet, zur Lösung geschritten werden soll, als in einzelnen Gesetzesvorlagen gegen welche an höchster Stelle Bedenken geäußert wurden. Namentlich wird uns das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit bezeichnet, welche eine befriedigende Lösung im Schoße der Regierung nunmehr gefunden.

Graf Montalembert, der wie erwähnt auf Einladung einiger Koryphäen des polnischen Adels und von Geistlichen strengkirchlicher Richtung auch dem Großh. Posen einen Besuch abstattet, wird, wie die Pos. Ztg. erzählt von Rastatt aus die kaiserlichen Etablissements in Görden, Goshyn und das Jesuitenconvent in Schrimm besuchen, sodann in Posen die neueren religiösen Stiftungen ebenfalls in Augenschein nehmen, und sich von dort über Gnesen nach Danzig begeben.

## Frankreich.

Paris, 4. Juli. Der Kaiser ist heute Morgens 10 Uhr nach Bichy abgereist. Er war vom General Fleury und zwei seiner Adjutanten, sowie von Herrn Moquard begleitet. Die Kaiserin, welche hier von ihm Abschied nahm, ist wieder nach Fontainebleau zurückgekehrt. Sie beabsichtigte im Laufe des Tages die Fabrik von Evreux zu besichtigen. — Graf Arce, außerordentlicher Gesandter des Königs Victor Emanuel, begibt sich mit dem Kaiser nach Bichy. General Fleury soll sich von dort direct nach Turin begeben, um den officiellen Anerkennungsact des Königreichs Italien zu überbringen. — Von dem Rücktritte des Ministers Grafen v. Persigny ist stark die Rede; man nennt Herrn Baroche als seinen eventuellen Nachfolger. Gewisser ist, daß Herr de Lagueronniere aufhören soll, das Pressdepartement zu leiten, und daß er keinen Nachfolger erhalten wird. Es scheint, daß man die Pressadministration nach einem neuen Fuße einrichten will. — Die Berichte der Polizeicommissäre über die jetzt herrschende öffentliche Stimmung in Frankreich

sollen im Allgemeinen sich dahin aussprechen, daß die Freiheitsideen gegenwärtig viel stärker als früher hervortreten, und daß es schwer sein würde, das Drucksystem mit vollem Erfolge dagegen in Anwendung zu bringen.

Herr Mirès hat einen eigenen Stenographendienst für die Verhandlungen seines Proceßes organisiert und sendet nach diesen seinen stenographischen Aufzeichnungen Berichtigungen in die Blätter. Interessant ist die von ihm selbst gemachte Angabe, daß, wenn das türkische Anlehen geglückt wäre, er für die Gesellschaft als Commission die Summe von 92 Millionen Francs profitirt haben würde.

Die Vertheibungsschrift, welche Mirès selbst verfaßt hat, führt den Titel: „An meine Richter. Mein Leben und meine Geschäfte.“ Mirès verharret in dem Glauben an die politische und sociale Ummacht des Geldes und der Actie. Nach Herrn Mirès reducirt sich die Culturgeschichte wie die Staatsgeschichte der Gegenwart auf einen Conflict zwischen den deutschen und portugiesischen Juden, welche sich um die Weltherrschaft ankämpfen. Der deutsche Jude, heißt es am Schluß der Ausführung dieses Satzes, ist Rothschild, der portugiesische ist Mirès. Der deutsche Jude erkannte in der revolutionären, demokratischen Idee des Credit mobiler die größte Gefahr für seine Alleinherrschaft. „Der Einfluß der Rothschild beherrscht Europa, sie haben das Monopol der Staatsanleihen; wehe dem, der diese Uebermacht, dieses neue Königthum gefährdet. Ich habe es erfahren.“ Dieser Kampf zwischen dem alten Regime und der Finanzrevolution scheint zu Gunsten der deutschen Juden auszugehen. Mirabeau = Mirès steht vor dem Zuchtpolizeigericht und die öffentliche Meinung streitet gegen die neue Lehre der Gebrüder Pereire. „Mein Vermögen, heißt es in der genannten Schrift, ich kann das ohne Nachtheil für die Firma J. Mirès und Comp. sagen, ist beinahe so groß, als es 1853 war, wo ich mich von Mailand trennte und nach dem Verkauf der Eisenbahn-Zeitung und des Bankhauses von Solar und Waife. Es blieben damals so wohl mir als Mailand nach dem Ausgange 4 Millionen.“ Damit wäre Mirès allerdings in den Stand gesetzt, die kleine Zahl seiner noch unbefriedigten Bankgläubiger reichlich zu entschädigen. Den anderen Klassen der Beheiligten, den Actionären der Eisenbahncaisse bleiben acht Millionen, etwas weniger als ein Fünftel; und eine Actie wäre nach dieser Berechnung heute 80 Frs. werth. Aber schenkt mir nur Zeit und Vertrauen, ruft Mirès den Actionären zu, ich werde diese Actien wieder heben! Sonst ist übrigens die Sprache der Schrift nicht bitter. Selbst wo Mirès von Pontalba dem entscheidenden Urheber seines Sturzes spricht, bewahrt er seine Mäßigkeit. — Pontalba, ein Freund Collars, mit dem er den „Messager de l'Assemblée“ gegründet, war auch einer der Gründer der Eisenbahncaisse. Er war überdies Mitglied des Ueberwachungsausschusses des Marceller Hafens und der römischen Eisenbahngesellschaft. Für eine Sendung an den Gemeinderath von Marseille berechnete er 500,000 Fr. Honorar, für eine andere an die römische Regierung, 1,200,000 und noch dazu 259,000 Fr. Reise- und Aufenthaltskosten. Seine Sendung war indessen nicht glücklich. Für den Fall des Erfolgs hatte ihm Mirès die Zügelung einer Pfandschuld von 2 Millionen zugesagt, die auf einem Gute Pontalba's für beträchtliche Vortheile der Eisenbahncaisse lastete; für den Fall das Mißerfolgs sollte er nur seine Auslagen ersetzt erhalten. Nun erreichte Pontalba, wie gesagt, in Rom den Zweck seiner Sendung nicht und suchte sich das Douceur durch eine Denuntiation beim Großsteigebewahrer zu erpressen. Die erste wurde zurückgewiesen, erst die zweite führte am 15. Dez. das gerichtliche Einschreiten herbei. Auf die Eröffnung hin, daß nach Befriedigung Pontalba's die Sache keine weiteren Folgen haben werde, unterzeichnete Mirès, wie er selbst erzählt, vor Herrn Moquard (dem kais. Cabinets-Secretär) eine Anweisung an Pontalba, für dessen Sendungen nach Marseille und Rom die Summe von 1,400,000 Frs. auszubahlen, außer den schon bezahlten Reisekosten in Betrag von 259,000 Frs. Aber, sügt Mirès bei, diese so theuer erkaufte Sicherheit sollte nur trügerisch sein, und wurde der Ausgangspunkt der größten Unglücksfälle.“ Uebrigens scheint Mirès ein festes Vertrauen auf Freisprechung zu hegen, und nicht weniger ist er bemüht, die Vortheile seiner Unternehmungen hervorzuheben. Mirès ist überzeugt, daß dieser Proceß dem Credit, besonders den Mobilienwerthen, den Kodeschoß gibt, und fragt mit etwas anmaßlicher Naivetät, wie theuer in Zukunft die Kriegsanleihen zu Stande kommen werden.

## Rußland.

Wie der „Breslauer Ztg.“ geschrieben wird, dauern in Warschau die Demonstrationen fort und erstrecken sich sogar auf die Spiele der Jugend im sächsischen und kaiserlichen Garten. Die Polen mit ihrem König an der Spitze kämpfen in diesen Spielen gegen die Russen und ihren Kaiser. Rings um die in einer Niederung des Parks zum Kampf versammelte zahlreiche Jugend stehen die Erwachsenen amphitheatralisch geordnet. Natürlich endet das Spiel mit dem Sieg der Polen und jauchzender Beifall erfolgt dann von den umstehenden Herren und Damen. Sodann wird für die Verwundeten eine Collecte veranstaltet, die demjenigen Straßenzug zu Gute kommt, welcher sich als Russe gefangen nehmen und prügeln ließ. Als sich vor einigen Tagen das Spiel wiederholte, wurde die Menge vom Militär auseinandergetrieben, wobei mehrere Verhaftungen vorliefen. Seitdem sind die beiden Gärten (wie bereits erwähnt) militärisch besetzt.

## Türkei.

Man liest im „Ami de la Religion.“ Eine beklagenswerthe Nachricht ist uns aus Konstantinopel zugegangen. Der Archimandrit Solakli, welcher kürzlich die Weihe als bulgarischer Bischof empfangen hat und



in Prezemysł von Krakau 6 Uhr 48 Minuten Früh, 6 Uhr  
Nachmittags.



